

Für eine Reform des Kapitalismus

Paris und Berlin setzen auf einen pragmatischen Ansatz

Gérard Foussier*

»» **Noch lässt sich nicht behaupten, die zu einer Finanzkrise gewordene Bankenkrise sei überwunden. Auch für eine Bilanz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen ist die Zeit noch nicht reif. Doch schon heute lässt sich feststellen, dass sich in der Welt etwas verändert hat – und in den deutsch-französischen Beziehungen ...**

Man kann getrost sagen, dass es Europa zu verdanken ist, wenn ein Ausweg aus dieser von den USA ausgegangenen Krise gefunden sein wird. Europa bedeutet in diesem Fall die Eurogruppe mit ihren 15 Mitgliedstaaten – und Großbritannien. Der britische Premier und frühere Finanzminister Gordon Brown hat sich mit einem Plan durchsetzen können, der sich auf zwei wesentliche Punkte beschränkt: das Vertrauen der Sparer durch die Garantie ihrer Anlagen zurückzugewinnen, und flüssige Mittel in Umlauf zu bringen, damit die Banken den in Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen helfen können. Am Ende einer unruhigen B rsenwoche ist es den Europäern gelungen, verglichen mit den Amerikanern etwa doppelt so hohe Summen zu mobilisieren. Zahlreiche Kommentatoren scheuten sich nicht, die schöne Formel zu bemühen, wonach *„man sich ohne zu rechnen verausgaben und die Ausgaben nicht anrechnen“* solle, um die vom amtierenden EU-Präsidenten Nicolas Sarkozy angeführte Rettungsaktion zusammenzufassen.

Es ist gang und gäbe, Frankreich und Deutschland in regelmässigen Abständen zu verdächtigen, sich gegenseitig die kalte Schulter zu zeigen, geht es um Entscheidungen, deren Folgen über den nationalen Rahmen hinausgehen. Sodann wird von Zerwürfnis, Abkühlung, sogar Scheidung gesprochen, bis ein Dementi folgt. Es gehört ebenfalls zum guten Ton, die deutsch-französischen Spannungen rasch wieder aufzulösen und die  ffent-

lichkeit mit starken Bildern und Gesten zu beruhigen, die einzig und allein den Zweck haben, zu zeigen, dass in der besten aller Welten auch alles zum Besten steht – selbst wenn der gesamte Planet von einer Finanzkrise betroffen ist.

Von (amerikanischen) Zuschlagspr mien bis hin zur (europäischen) Depression haben sich Paris und Berlin keine Gelegenheit entgehen lassen, um mit dem Finger auf die vermeintlichen Verantwortlichen für die Misere jenseits des Atlantiks zu zeigen. Wenn aber das Haus brennt, geht es nicht darum, das schuldige Streichholz ausfindig zu machen – der Brand muss erst einmal gelöscht werden, damit die Flammen nicht den Nachbarn gefährden. Dabei müssen die Feuerwehrlaute aber vor der Entzündung zunächst eine klar umrissene Mission haben. Hier haben die deutschen und französischen Feuerwehrlaute ein paar lange Tage gebraucht, bevor sie in die gleiche Uniform schlüpfen und die gleiche Ausrüstung zum Löschen des Brandes verwenden sollten.

Vermutlich folgte der französische Staatspräsident aufmerksam den Worten der Bundeskanzlerin, als diese zu Recht den amerikanischen Präsidenten für den ohne internationale Abstimmung lancierten Vorschlag von Henry Paulson kritisierte. Damit kamen nationale Lösungen nicht infrage. Dennoch stieß die Idee eines EU-Fonds, die das *Handelsblatt* nach einem Gespräch mit der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde in Berlin offenbarte, bereits vor Erscheinen

* Gérard Foussier, Journalist, ist Präsident des *B.I.L.D.* Übersetzung: Dr. Nicola Denis.

Im Fadenkreuz der Kritik

Nicolas Sarkozy und die deutsche Presse

Sébastien Vannier*

» Die Rede von Nicolas Sarkozy am 21. Oktober vor dem Europäischen Parlament in Straßburg blieb in der deutschen Presse nicht ohne Echo. Mit seinem Vorschlag, der Europäischen Zentralbank eine „wahre Wirtschaftsregierung“ an die Seite zu stellen, machte sich der französische Staatspräsident zwar nicht nur Freunde in der deutschen Regierung, fachte aber eine breite Diskussion in der deutschen Presse an.

„Sarkozy verärgert die Bundesregierung“ (*Der Spiegel*); „Nicolas Sarkozy versetzt Europa in Unruhe“ (*Frankfurter Rundschau*); mit seiner Forderung, europäische Schlüsselindustrien mit Hilfe von Staatsfonds vor dem Ausverkauf durch ausländische Firmen zu schützen, bricht „der umtriebige Franzose lustvoll Tabus“, meinte das *Handelsblatt*. Und die Wirtschaftszeitung fügte hinzu, er scheine dabei jemanden anzusprechen, der an diesem Tag gar nicht im Plenarsaal des EU-Parlamentes saß. Bundeskanzlerin Angela Merkel verhehlt in der Tat nicht ihre Abneigung gegen die Idee von Staatsfonds oder einer europäischen Wirtschaftsregierung. Sarkozys Rede hat auf jeden Fall ins Schwarze getroffen: In Deutschland riefen seine Vorschläge unverzüglich Reaktionen von Politik und Presse hervor.

Zur Sache äußerte sich als erster Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und antwortete in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* klar und deutlich, „der französische Vorschlag, europäische Industrien durch staatliche Beteiligungen vor der Übernahme durch ausländische Staatsfonds zu schützen, widerspricht allen erfolgreichen Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik“. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm teilte mit, außerhalb der Bereiche öffentliche Sicherheit und Ordnung, die durch die Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes noch besser geschützt werden, seien weitergehende Schutz-

maßnahmen in Deutschland nicht erforderlich. Aktionen zum Schutz vor ausländischen Übernahmen müssten mit den Regeln des Binnenmarktes vereinbar sein.

Aus den Reihen der CDU/CSU kamen in den Tagen nach der Rede des Staatspräsidenten immer mehr negative Reaktionen. So führte Norbert Röttgen, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aus, Europas Antwort könne nur lauten: „Europa ist ein Wirtschaftsraum, der entschieden gegen Protektionismus ist.“ Für eine internationale soziale Marktwirtschaft mit Wettbewerb, freiem Handel und klaren Ordnungsregeln müssten „Frankreich und Deutschland an einem Strang ziehen“. Die Finanzmarktkrise bedeute für Frankreich und Deutschland die Verpflichtung, „ihre traditionellen Differenzen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu überwinden und nicht tagtäglich neu zu kultivieren“.

Sein Parteikollege Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, steuerte sogar ein Bonmot der Frankreichklischees bei und meinte: „Sarkozy füllt schlechten französischen Wein in neue Schläuche, der durch das Umfüllen nicht besser geworden ist.“ Auch die deutsche Presse ließ sich nicht von Sarkozys Forderung täuschen, die das Wochenmagazin *Focus* als „spektakulären Vorschlag“ bezeichnete. So zeigte sich *Der*

* Sébastien Vannier ist Berliner Korrespondent der Website www.lepetitjournal.com, der Online-Zeitung für die Auslandsfranzosen. Übersetzung: Barbara Reuter.

Spiegel wenig überrascht: „Erst im vergangenen Jahr provozierte Sarkozy die EU mit seiner Forderung nach einer konsequenteren Abwehrstrategie gegen Investoren von außerhalb.“ Folglich erschien das Schlagwort „*Protektionismus à la française*“ immer wieder in der deutschen Presse.

Ist Sarkozy ein Sozialist?

Mag Nicolas Sarkozy auch keine Unterstützung durch die Bundeskanzlerin und die CDU/CSU finden, so könnte er angesichts der Reaktionen aus der SPD doch erfreut sein, wieder einmal mit den Differenzen zwischen Links und Rechts im Nachbarland zu spielen. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Martin Schulz, der auch im Präsidium der SPD sitzt, sagte zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, an Sarkozys Vorschlag sei „nichts auszusetzen“. Aber er fügte ironisch hinzu, es sei „erstaunlich, dass ein Konservativer wie Sarkozy nun Stamokap-Theorie der Jungsozialisten aus den 1970er Jahren“ durchsetze. Wenn aber „für Banken ein staatlicher Schutzschirm gespannt wird, sollte das auch für andere Unternehmen möglich sein“.

Eine weitere paradoxe Unterstützung kam vom ehemaligen Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer: „Europa braucht eine Wirtschaftsregierung, die einzelnen Nationalstaaten sind für die Größe dieser Krise schlicht und einfach zu klein“, mahnte er im *Spiegel*. Die *Financial Times Deutschland* zählte unter dem Titel „Sarkozy – encore une fois!“ sogar die Unterstützungsbekundungen auf, die dem französischen Präsidenten in Europa zuteil wurden, und stellte die Frage „Sarkozy forever?“.

So paradox wie die Verteilung der Reaktionen auf seine Rede ist, verwundert es nicht, dass auch Sarkozys Stil, den die *Frankfurter Rundschau* „unberechenbar“ nannte, noch immer nicht gut ankommt. Der *Spiegel* zögerte nicht, einen dreiseitigen Artikel mit dem unzweideutigen Titel „Großes Ego, kleines Ego“ zu drucken; darin wird jener deutliche Unterschied zwischen den politischen Temperamenten des französischen Präsidenten und der Bundeskanzlerin analysiert: „Der Improvisationsartist und die Hinhaltékünstlerin.“ Das Problem, so glaube man im Kanzleramt, sei, „dass

ihm nicht zu trauen ist. Wenn er von europäischer Wirtschaftsregierung spricht, übersetzen seine Zuhörer in Berlin das als Wirtschaftsregierung unter französischer Führung“. Die Deutschen, erinnerte das Nachrichtenmagazin, hätten noch schmerzliche Erinnerungen an die Auseinandersetzungen um EADS und Rhône-Poulenc-Hoechst. Der Artikel des *Spiegel* ging noch weiter und analysierte das französische System, in dem „der Etatismus seit je stark (ist), egal welcher Partei der Mann im Elysée-Palast angehört. Anders als in Deutschland, wo ein Wechsel zwischen Politik und Unternehmenswelt eher die Ausnahme ist, hat es in Frankreich immer einen regen Austausch zwischen den Eliten gegeben“.

Günther Nonnenmacher von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* analysierte Sarkozys Vorschläge ebenfalls im Lichte der unterschiedlichen Stile der beiden Politiker: „Sarkozy ist ein vorzüglicher Feuerwehrmann, als Architekt ist er dagegen noch nicht hervorgetreten. Die Leichtfüßigkeit dieses politischen Stils steht in einem Kontrast zur politischen Kultur in Deutschland. Kein Wunder; dass es deshalb seit Sarkozys Regierungsantritt zu Reibereien und Spannungen zwischen Berlin und Paris gekommen ist. Die Franzosen empfinden das deutsche Verhalten als unbeweglich und stur; die deutsche Politik, deren Mantra das Wort ‚Berechenbarkeit‘ ist, wird nicht recht damit fertig, dass Sarkozy (wie auch sein Außenminister Kouchner) dauernd neue Ideen gebiert, von denen nicht klar ist, wie ernst sie gemeint sind.“

Doch trotz der Skepsis ihrer Regierung schienen die Deutschen die Vorschläge des französischen Präsidenten gar nicht so schlecht zu finden. So veröffentlichte der *Stern* eine Woche nach Sarkozys Rede eine Umfrage zur Beteiligung des Staates an bestimmten Industriebranchen. Danach befürworteten 77 % der Deutschen, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, ein Eingreifen des Staates in der Energiewirtschaft, diese Zahl erreichte bei den Anhängern der Liberalen sogar 70 %, bei denen der Unionsparteien 73 %. 64 % wünschten dies für die Banken und Versicherungen sowie 60 % für Verkehr und Post. So hat Nicolas Sarkozy zwar nicht die deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene in ruhigeres Fahrwasser geführt, aber wieder einmal eine Debatte im Nachbarland angestoßen.

der Zeitung bei der deutschen Regierung auf empfindliche Ablehnung. Der französische Vorschlag, der aus dem Anliegen geboren wurde, die europäischen Staaten in dieser internationalen Krise nicht alleine handeln zu lassen, wurde von Paris auffallend rasch dementiert. Ausnahmsweise einmal wurden nicht die Medien angeklagt, die Ausführungen der Ministerin falsch interpretiert zu haben, sondern die Übersetzer, bei deren Übertragung es an Genauigkeit gefehlt habe. Die im deutsch-französischen Bereich operierenden Linguisten hätten gerne mehr über die betreffenden semantischen Feinheiten erfahren, konstatieren sie doch täglich, wie sorgfältig es die Politik darauf anlegt, eher von negativem Wachstum als von Rezession zu sprechen, von Rekapitalisierung als von Verstaatlichung.

Keine gemeinsame Finanzpolitik

Man wird sich an die lautstarke Auseinandersetzung zwischen dem französischen Präsidenten und dem deutschen Finanzminister am 9. Juli 2007 in Brüssel erinnern, bei der es um die Frage der „Steuergeschenke“ im Haushaltsplan der französischen Regierung ging. Peer Steinbrück war im Anschluss von Nicolas Sarkozy, der sich zum Treffen der europäischen Finanzminister selbst eingeladen hatte, abgekanzelt worden – umso mehr als Deutschland, trotz des starken Euro Exportweltmeister, gerade begann, die Ergebnisse der durch Gerhard Schröder angestoßenen Reformen einzufahren. Mit der Krise, die entgegen allen Erwartungen auch die für ihre Stärke bekannten deutschen Banken trifft, haben sich die Positionen weiterentwickelt. Sogar Brüssel räumt ein, dass die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien von Stabilität und Wachstum gegebenenfalls nicht eingehalten werden müssen, zumindest wenn es um einen begrenzten Zeitraum geht.

Es ist bedauerlich, dass Paris und Berlin bei ihren Bemühungen zur Brandlöschung nicht deutlicher herausgestellt haben, um wie viel schmerzhafter und komplexer die Krise ausgefallen wäre, wenn nicht 15 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union über eine gemeinsame Währung verfügten – anders als es in der Vergangenheit, et-

wa 1968, der Fall gewesen war (siehe den Artikel von Benedikt Schoenborn in dieser Ausgabe). Es stimmt allerdings auch, dass eine wortreiche öffentliche Würdigung des Euro zu Recht nach einer Erklärung verlangen würde, warum Europa streng genommen noch immer keine gemeinsame Finanzpolitik verfolgt. Die Banken unterstehen nicht etwa einer europäischen Kontrolle, sondern je nach Land verschiedenen Überwachungsinstanzen. Dazu variieren die Bankstrukturen stark von einem Staat zum anderen.

Wie so oft gehorcht der Dialog – und insbesondere der deutsch-französische – irrationalen Regeln, die wiederum übertriebene Reaktionen hervorrufen. Sobald einer der Teilnehmer sich aus der Affäre ziehen möchte, um in den Augen seiner Öffentlichkeit als der einzige dazustehen, der die Welt aus der Krise zu führen weiß, wird seine erste Bemerkung gleich den Widerstand eines anderen herausfordern: nichts als Wasser auf die Mühlen derjenigen, die in jedem Meinungs austausch eine Quelle für Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland wittern. Statt die Medien zu kritisieren (deren vorrangigste Aufgabe immer noch darin besteht, die öffentliche Meinung so schnell wie möglich zu informieren), oder aber die Übersetzer (deren Hauptaufgabe doch immerhin die Erleichterung des Dialogs ist), sollten die politischen Verantwortlichen ihre Kommunikationsstrategie überdenken.

Eine abgestimmte Reaktion

Die deutsch-französische Scheidung steht vorerst nicht auf der Tagesordnung, da der Dialog notwendiger ist denn je. Den Übersetzern dürfte es nicht an Arbeit fehlen, und die guten alten symbolischen Gesten haben noch lange nicht ausgedient. Am Tag vor dem wichtigen Treffen der Eurogruppe am 12. September in Paris kamen der Präsident und die Kanzlerin zu einem inoffiziellen Gipfeltreffen in Colombey-les-deux-Eglises in der Champagne zusammen, wo General de Gaulle sein Anwesen „La Boiserie“ besaß, in dem er 50 Jahre zuvor Kanzler Adenauer empfangen hatte. Die Einweihung einer neuen, dem ersten Präsidenten der V. Republik gewidmeten Gedenkstätte

bot die Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass Frankreich und Deutschland ein halbes Jahrhundert nach den ersten Schritten ihrer historischen Versöhnung diesem Kapitel der Geschichte treu geblieben sind. Der französische Präsident ergriff die Gelegenheit mitten in der Finanzkrise, um zu bekräftigen, dass in Bezug auf *„die Analyse, die Gründe und die Konsequenzen, die kurz-, mittel- und langfristig aus der Krise abzuleiten sind zwischen Deutschland und Frankreich vollkommene Einverständnis“* herrsche. Diese Aussage wurde umgehend von der Kanzlerin bestätigt, die betonte, dass Frankreich und Deutschland denselben Weg beschritten, um *„eine gemeinsam abgestimmte und kohärente Reaktion der krisengeschüttelten Eurozone“* umzusetzen.

Gereizte Kommentare

Nichtsdestoweniger ließ Berlin keinen Zweifel an seiner Ablehnung einer globalen Lösung. Deutschland, durch die Hyperaktivität des französischen Präsidenten sichtlich verstimmt, hat letztlich seine Jeder-für-sich-Strategie fallen lassen und sich für den gemeinsamen Schulterchluss mit Frankreich ausgesprochen. Doch das war keineswegs selbstverständlich: Bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 hatte Angela Merkel die Stirn gerunzelt, als sie hörte, dass der Kandidat Sarkozy sich mit dem Gedanken trug, einen Gipfel der Eurozone einzuberufen, um ein Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank (EZB) zu schaffen. Deutschland befürchtet seit jeher, dass Frankreich die Unabhängigkeit der EZB infrage stellen könnte und reagierte mit einer dezidierten Ablehnung auf einen gemeinsamen europäischen Fonds, wenig geneigt, die Rechnungen der wirtschaftlich schwächeren europäischen Länder begleichen zu müssen. Eine Sackgasse schien unvermeidlich. Doch der neoliberale Sarkozy machte seinerseits pragmatische Zugeständnisse, indem er auf die durch Gordon Brown angeregte Intervention des Staates setzte und in kühnen Tönen eine *„Neugestaltung des Kapitalismus“* forderte – nicht etwa, um die Marktwirtschaft infrage zu stellen, sondern um *„den Verrat an den kapitalistischen Werten“* wieder gutzumachen.

Bis hierhin zog Berlin mit. Doch am 21. Oktober rief der Präsident vor den Abgeordneten des Europaparlaments in Straßburg zur Bildung einer *„klar umrissenen wirtschaftlichen Regierung“* der Eurozone auf, die mit der EZB zusammenarbeiten solle. Die Reaktion darauf fiel lebhaft aus – zum einen natürlich in Berlin, wo man den französischen Präsidenten in Verdacht hat, die europäische Ratspräsidentschaft ausnutzen zu wollen, um 2009 in die Verlängerung zu gehen, aber auch in den anderen Hauptstädten, wo man mit der Tatsache hadert, dass Paris ständig am Ruder zu sehen ist. In Prag begreift manch einer den Vorschlag aus dem Elysée-Palast als Affront, als sei die Tschechische Republik, die im ersten Semester 2009 die Ratspräsidentschaft übernehmen wird, nicht in der Lage, sich im Kampf gegen die Finanzkrise genauso wie Frankreich zu engagieren. Die Tschechische Republik – so ruft man es allen, die es hören wollen, in Erinnerung – gehöre nicht zur Eurogruppe, und ihr Präsident Vaclav Klaus wird den Euroskeptikern zugerechnet. Paris verteidigt sich jedoch gegen den Vorwurf, die Gemeinschaft in ein *„old“* und ein *„new Europe“* spalten zu wollen, wie es die Amerikaner zum Zeitpunkt der Irak-Krise formuliert hatten. Berlin allerdings hält nicht länger mit der Einschätzung hinter dem Berg, dass die Sarkozysche Hyperaktivität eine zusätzliche Prise an deutsch-französischer Absprache vertragen könnte. Nach einer französischen Kommentartwelle zu Beginn der Krise, die die Lauheit der deutschen Regierung bemäkelte, werfen die Kommentare in Deutschland dem französischen Präsidenten vor, etwas über die Stränge zu schlagen und die nationale Wirtschaft zu begünstigen.

Diese Gereiztheit betrifft auch das Bankenmilieu. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank wurde öffentlich von der Kanzlerin dafür kritisiert, dass er jegliche Form einer öffentlichen Beihilfe zurückgewiesen und in einem Interview verkündet hatte, er würde sich schämen, den Staat um Hilfe zu bitten. Um einiges nuancierter, beschränkte sich Christian Noyer, *Gouverneur* der *Banque de France*, auf die Aussage, die vom Staat geförderten Banken hätten weder eigene Mittel noch eine Rekapitalisierung nötig.

Der Kanzler sagt Nein

Die internationale Währungskrise im November 1968

Benedikt Schoenborn*

» 1968 übernahm Deutschland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Führung in wirtschaftlichen und währungspolitischen Fragen und damit eine Rolle, die Frankreich zuvor für sich beansprucht hatte. 40 Jahre später erschüttert eine schwere Finanzkrise den Planeten und lässt die Ereignisse vom November 1968 in einem besonders aktuellen Licht erscheinen.

„Wir haben folgende Sünden begangen: Wir haben die Preise stabil gehalten, eine florierende Wirtschaft geschaffen und die Regierungsausgaben vernünftig beschränkt.“ Mit diesen Worten erklärte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im November 1968 vor dem Treffen der „Gruppe der Zehn“ (G10) – Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Großbritannien, Schweden, USA, Kanada und Japan – seine Weigerung, die D-Mark aufzuwerten. Das hartnäckige und unerwartete „Nein“ von Kurt Georg Kiesinger empörte seinen Gesprächspartner, den amerikanischen Finanzminister Henry Fowler und löste in Paris und London eine Schockwelle aus. Spekulationschübe gegen den französischen Franc und das britische Pfund bewirkten damals tägliche Verluste von mehreren 100 Millionen Dollar und entsprechende Gewinne für die deutsche Devisen. Das internationale Währungssystem drohte zusammenzubrechen.

Die in Bretton Woods etablierte, auf den amerikanischen Dollar und seine direkte Einlösbarkeit in Gold ausgerichtete Währungsordnung war schon seit geraumer Zeit flügelarm geworden. Bereits im Februar 1965 hatte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle offen die privilegierte Rolle des Dollars kritisiert. De Gaulle prangerte insbesondere die Gewohnheit der Vereinigten Staaten an, ihre Inflation auf Kosten der

anderen Länder zu exportieren und „sich gegenüber dem Ausland umsonst zu verschulden“. Während der 1960er Jahre hatte die amerikanische Verwaltung systematisch die Inflation gefördert, die der Beschäftigungsquote und den Exporten zugute kam. Normalerweise wird eine solche Entwicklung durch die Tatsache gebremst, dass die betreffende Währung ihren realen Wert verliert und abgewertet werden muss. Da das System von Bretton Woods jedoch keine Abwertung des Dollar vorsah, existierte eine solche Bremse nicht, und die amerikanische Inflation wurde tatsächlich in die ganze Welt exportiert.

Um das System zu erhalten, hatten 1967 und 1968 der Dollar und seine Ersatzwährung, das britische Pfund, die Hilfe anderer Währungen in Anspruch genommen. In diesem weltweit überaus anfälligen Kontext ereigneten sich in Frankreich im Mai und Juni 1968 soziale Unruhen. In währungstechnischer Hinsicht sind die Auswirkungen dieser Ereignisse nicht unmittelbar spürbar. Während die mit der wirtschaftlichen Lähmung einhergehenden Produktionsverluste relativ gering ausfielen – sie überschritten nicht einmal die Marke von 1,5 % der jährlichen Inlandsproduktion –, unterschätzten die französischen Verantwortlichen die Auswirkungen der Krise auf Konjunktur und Währung. Am 29. Juni verkündete General de Gaulle eine „schonungslose Politik“, um die

* Benedikt Schoenborn ist Forscher und Dozent an der Universität von Tampere im Rahmen eines von der Finnischen Akademie finanzierten Forschungsprogramms. Übersetzung: Dr. Nicola Denis.

Inflation und den Absturz des Franc zu verhindern, doch im folgenden ereignet sich das genaue Gegenteil. Die aufbrandende öffentliche Meinung nämlich forderte die Flucht nach vorn und erachtete eine wirtschaftliche Expansion zur Unterstützung der Unternehmen für nötig. Die *Banque de France* legte sich auf eine expansionistische Linie fest und bot vorteilhafte Kredite an, wodurch die Wirtschaft wieder auflebte, die Inflation allerdings verstärkt wurde. Die Kreditanfragen stiegen ebenso spektakulär wie unkontrolliert an. Zwischen Mai und November 1968 produzierte die *Banque de France* eine neue Währungsmasse von 23 Milliarden Franc. Da die Statistiken nur langsam zentralisiert wurden und die betreffenden Zahlen erst Anfang November 1968 zugänglich waren, wurde das Ausmaß des Problems erst sehr spät erkannt.

Schwacher Franc, starke Mark

In der Bundesrepublik war die Mark hingegen so stark wie nie zuvor. Die deutsche Wirtschaft, ungebrochen solide und florierend, zog Kapital aus aller Welt an. Im Juli 1968 riet eine Expertengruppe Bundeskanzler Kiesinger dazu, die Mark aufzuwerten. In diesem Kontext kam es, größtenteils aus Frankreich nach Deutschland, zu einer Kapitalflucht. Der Verlust an französischen Devisen betrug 1 433 Millionen Dollar im Juni, 426 Millionen im Juli, 475 Millionen im August, 520 Millionen im September und 291 Millionen im Oktober des Jahres.

Im November verschlimmerte sich die Lage. Die Bundesbank verdiente allein in der ersten Woche des Monats 750 Millionen Dollar, während die *Banque de France* gleichzeitig 300 Millionen verlor. Gerüchte über eine Aufwertung der Mark lösten eine erneute Spekulationswelle aus. Am 8. November realisierte die französische Regierung, wie ernst es in der Tat um den Franc stand. Wohl wissend, dass eine Aufwertung der Mark für eine Lösung des französischen Problems nicht ausreichend ist, schickte der Premierminister Maurice Couve de Murville am 9. November einen dringenden Brief nach Bonn. Die französische Nachricht forderte vom Bundeskanzler, die Mark um-

gehend aufzuwerten, oder aber unmissverständlich und überzeugend darzulegen, dass er diese Maßnahme sowohl gegenwärtig als auch zukünftig ausschließe.

Doch die Übergabe dieses Schreibens gestaltete sich alles andere als einfach. Da sich Kurt Georg Kiesinger aus Krankheitsgründen nicht in Bonn aufhielt, bat der Französische Botschafter vergeblich um einen Termin mit dem christdemokratischen Kanzler. Paris erteilte sodann die Anweisung, die Nachricht dem sozialdemokratischen Vizekanzler Willy Brandt auszuhändigen, was der Botschafter noch am selben Tag befolgte. Als Kiesinger davon erfuhr, war er gekränkt, dass Frankreich sich offenbar lieber mit Willy Brandt austauschte, seinem direkten Rivalen bei den Wahlen des kommenden Jahres.

Die Missverständnisse und Komplikationen gingen weiter: Kurt Georg Kiesinger wartete auf den Besuch des Botschafters, der sich zurückgesetzt fühlte. Gleichzeitig machte Willy Brandt den Vorschlag, die bezüglich dieser Akte kompetenteste Persönlichkeit nach Paris zu schicken. Die Konkurrenz zwischen dem Finanzminister (der bayerische CSU-Mann Franz Josef Strauß) und dem Wirtschaftsminister (der Sozialdemokrat Karl Schiller) erschwerte die Wahl. Darüber hinaus schien die westdeutsche Regierung nicht zu begreifen, wie dringlich diese Angelegenheit für die französische Regierung war, die für den 11. oder 12. November eine Antwort erwartete. Als am 14. November endlich ein deutscher Gesandter in Paris eintraf, waren seine Gastgeber zutiefst indigniert, mit Johann Schöllhorn nur einen Staatssekretär, und dazu mit einer solchen Verspätung, zu empfangen.

Aus Paris zurück berichtete Johann Schöllhorn von seinem Gespräch mit François-Xavier Ortoli, seit Juli 1968 französischer Wirtschafts- und Finanzminister: Er sprach von einer eisigen Atmosphäre. François-Xavier Ortoli lastete den Deutschen die Schuld an sämtlichen Währungsproblemen an. Frankreich forderte von Bonn eine umgehende Entscheidung und verlangte eine Aufwertung der Mark in einer Größenordnung von 10 %. Als Karl Schiller vom Bericht seines Staatssekretärs erfuhr, blieb er in der Defensive und erklärte, er veranlasse „keinerlei Maßnahme aus Zwang“.

Dem Minister war gleichfalls die in der deutschen Geschichte fest verankerte Abneigung bekannt, mit der die öffentliche Meinung der Vorstellung aller währungstechnischen Eingriffe gegenüber steht.

Abwertung, Aufwertung

Doch die Lage drängte. Allein am 15. November verdiente die Bundesbank 850 Millionen Dollar, die vor allem aus Frankreich und England stammten. Am 17. November fand dann die monatliche Zusammenkunft der Zentralbankgouverneure in Basel statt. Nach den Erinnerungen Otmar Emmingers, damaliger Vizepräsident der Bundesbank, einigte man sich bei dieser Zusammenkunft auf ein Abkommen: Der Gouverneur der französischen Zentralbank hatte sich mit einer Abwertung des Francs um 5 % einverstanden erklärt, wenn die Bundesrepublik die Mark um 5 % aufwerten würde. Obwohl die deutschen Banker dieser Lösung ihre nachdrückliche Unterstützung gewährten, gelang es ihnen bei der entscheidenden Sitzung am 19. November in Bonn nicht, sich durchzusetzen. Die beiden Minister der Regierungskoalition, Franz Josef Strauß und Karl Schiller, stellten sich hartnäckig gegen eine Aufwertung der Mark, weil sie es als ungerecht empfanden, dass die deutsche Wirtschaft für die Schwäche von Dollar, Pfund und Franc bestraft werden sollte. Schließlich richtete sich Kiesinger nach dieser Position. Statt der Aufwertung beschloss die Bundesregierung, eine Steuer von 4 % auf den Export zu erheben und Rückerstattungen von 4 % auf die Importe einzuführen. Die französische Regierung nahm diese Maßnahmen zur Kenntnis und konstatierte, das wesentliche Problem bliebe ungelöst.

Durch die Währungssituation Mitte November alarmiert, entsandte der amerikanische Präsident seinen Finanzminister, Henry Fowler, nach Bonn, um eine multilaterale Lösung einzuleiten. Washington und London befürchteten vor allem, General de Gaulle würde die Gelegenheit nutzen, um das System von Bretton Woods zu sprengen, indem er eine unilaterale und exzessive Abwertung des Franc in einer Größenordnung von 25 % beschließen könnte. Amerikanischen und britischen Analysten zufolge hätte eine solche Maßnahme

unhaltbare Spekulationen gegen das Pfund und den Dollar ausgelöst. Wegen der Befürchtung, derartige Absichten könnten von Seiten Frankreichs tatsächlich bestehen, lautete die vorrangigste Mission Fowlers demnach, ihr Eintreten um jeden Preis zu verhindern. Die Amerikaner erwogen also ein multilaterales Abkommen mit einer Aufwertung der Mark um 10 %, einer Entwertung des Franc um 5 % sowie diversen Angleichungen in Italien und den Niederlanden.

Am 19. November drängte Henry Fowler die Deutschen, ihre Verantwortung für die Rettung des internationalen Währungssystems ernst zu nehmen. Die Briten sekundierten das amerikanische Vorgehen und drohten mit dem Abzug ihrer in der Bundesrepublik stationierten Truppen, falls Bonn eine Aufwertung der Mark verweigern sollte. Auch Paris erneuerte seine Forderungen. Unterdessen widersetzte sich die deutsche Regierung trotz des allgemeinen Drucks einer Aufwertung ihrer Währung. Auf das Betreiben des britischen Schatzkanzlers Roy Jenkins einigten sich die verschiedenen Parteien darauf, ihre Börsen zu schließen und eine dringende Zusammenkunft der G10-Länder für den nächsten Tag, den 20. November, einzuberufen. Doch noch vor Eröffnung der Konferenz verkündete der deutsche Regierungssprecher im Fernsehen, dass die Mark nicht aufgewertet werde.

Aufschub des Zusammenbruchs

Die Umstände wollten es, dass die Deutschen bei dem G10-Treffen den Vorsitz hatten. Sie leiteten die Zusammenkunft, die vom 20. bis zum 22. November in Bonn stattfand – in denkbar schlechter Stimmung. Nie habe sich, zahlreichen Teilnehmern zufolge, eine Währungskonferenz unangenehmer gestaltet. „Wir haben nicht den Atlantik überquert, um uns die Erklärungen der Herren Schiller und Strauss anzuhören, ohne etwas daran ändern zu können“, so verzweifelten manche. Der Botschafter François Seydoux de Clausonne sollte in seinen Erinnerungen schreiben: „Die Germanen plusterten sich auf; sie befreiten sich von einer seit Jahren aufgestauten Bitterkeit. Man hat uns unbarmherzig behandelt.“

Im Verlauf des ersten Tages bildeten Amerikaner, Briten, Franzosen, Holländer, Belgier und Kanadier eine Phalanx gegen die deutsche Devisen. Doch die Bonner Regierung beharrte auf ihren Positionen. Während des zweiten Tages wendete sich die Aufmerksamkeit der französischen Devisen zu François-Xavier Ortoli wollte mit seiner Regierung Rücksprache halten, und die Sitzung wurde für drei Stunden unterbrochen. Nach der Pause akzeptierte der französische Minister schließlich, dass der Franc nicht um mehr als 11,11 % abgewertet werden sollte. Die Amerikaner und Briten nahmen erleichtert zur Kenntnis, dass ein Zusammenbruch des internationalen Währungssystems verhindert worden war (das System von Bretton Woods sollte schließlich im August 1971 versagen). Die G10 gestanden Frankreich eine Anleihe von 2,9 Milliarden Dollar zu und strebten wirtschaftliche Maßnahmen an, um das Vertrauen wiederherzustellen. Am Ende der Konferenz hielten sowohl die Teilnehmer als auch die französischen Zeitungen die Entwertung des Franc für gesichert.

Das Ende der Spekulationen

Doch General de Gaulle konsultierte vor einer endgültigen Entscheidung eine französische Expertenrunde, die ihm mit dem Argument, die Gelegenheit sei ungünstig und ein Wiederaufleben der Inflation unvermeidlich, einhellig von der Abwertung abriet. Die Angestellten würden nicht akzeptieren, die 1968 in den Mai-Streiks derart hart erkämpften Vorteile zunichte gemacht zu sehen. Die französische Regierung beschloss also, die Abwertung durch einen Transfer auf die Mehrwertsteuer (TVA) für bestimmte Abgaben zu ersetzen und verkündete am Abend des 23. November, die Parität des Franc würde aufrecht erhalten. Einem Zeugen zufolge „hätte eine Bombe nicht mehr Aufsehen verursacht“.

Nach dem G10-Treffen in Bonn und der französischen Entscheidung vom 23. November leuchtete allen ein, dass die Wechselkurs-Paritäten aufrecht erhalten würden. Die Spekulationen fanden ein Ende, und die internationale Währungssitua-

tion entspannte sich zumindest vorübergehend. Zehn Milliarden Dollar flossen aus der Bundesrepublik zurück, ein Teil davon nach Frankreich.

Für Deutschland waren die Ergebnisse dieser Währungskrise zweischneidig. Einerseits prangerten zahlreiche internationale Stimmen „die deutsche Arroganz“ während des G10-Treffens an. Später sollte Bundeskanzler Kiesinger seine unbeugsame Haltung vom November 1968 bedauern, und Karl Schiller gab zu, die negativen Auswirkungen einer Aufwertung der Mark überschätzt zu haben – einer Aufwertung, die, wie auch die Entwertung des Franc, 1969, also lediglich ein paar Monate später stattfinden sollte. Andererseits unterstrich die Bundesrepublik im Herbst 1968 ihre Währungsstärke und wagte es, sich zum ersten Mal seit ihrer Gründung den Vereinigten Staaten direkt zu widersetzen. Mehrere Zeugnisse lassen darauf schließen, dass General de Gaulle dieser Ablehnung mit aufrichtigem Respekt begegnete, selbst wenn ihn die mangelnde Absprache „stark verärgert“ habe und ihn das wieder erstarrende Deutschland beunruhigen mochte.

Die französischen Ereignisse im Mai und Juni, gefolgt von der Währungskrise im November, markierten einen Wendepunkt für die internationalen Beziehungen. General de Gaulle verlor die Finanzkraft, die es ihm zuvor ermöglicht hatte, den „Dollar-Imperialismus“ zu kritisieren. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft übernahm die Bundesrepublik die wirtschaftliche und währungstechnische Führung, auf die Frankreich keinen Anspruch mehr erheben konnte. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen des Jahres 1968 die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Währungspolitik herausstellen. Bei einem Treffen in Den Haag im Dezember 1969 beschlossen die Mitglieder der Gemeinschaft, in dieser Richtung weiter zu arbeiten und das Ziel einer Währungseinheit anzustreben.

Weitere Informationen:

Benedikt Schoenborn, La mésentente apprivoisée. De Gaulle et les Allemands, 1963–1969, PUF Paris 2007, 431 S. (Prix Duroselle).